



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Kreisausschusses

---

Sitzungsdatum: Montag, 12.11.2012  
Beginn: 09:05 Uhr  
Ende: 10:45 Uhr  
Ort: Sitzungszimmer des Landratsamtes Kronach

---

### Anwesend sind:

#### Vorsitzender

Marr, Oswald

#### Mitglieder CSU Fraktion

Löffler, Klaus

Pfadenhauer, Horst

Rubel, Albert

Weber, Gabriele

Wich, Markus

#### Mitglieder SPD Fraktion

Ehrhardt, Timo

Pohl, Ralf Dr.

Rauh, Richard

Raum, Manfred

#### Mitglieder Freie Wähler Fraktion

Beiergrößlein, Wolfgang

Hänel, Peter

ab 09:15 Uhr, bis 10:35 Uhr

#### Mitglieder Frauenliste

Steinhäuser, Ingrid

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

- 1 Informationen
- 2 Feststellung der Jahresrechnung 2010 des Landkreises Kronach sowie Beschlussfassung über die Entlastung für das Jahr 2010 (Empfehlungsbeschluss für den Kreistag) **03/004/2012**
- 3 Errichtung eines Löschwasserbehälters am Flugplatz Kulmbach; finanzielle Beteiligung des Landkreises Kronach **11/087/2012**
- 4 Kreiszuschluss zur VHS, Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben **11/084/2012**
- 5 Schuldnerberatung; Kooperationsvereinbarung mit dem Caritasverband Coburg e. V. **11/086/2012**
- 6 Unvorhergesehenes
- 7 Anfragen und Sonstiges

Landrat Oswald Marr eröffnet um 09:05 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

# Öffentliche Sitzung

## TOP 1 Informationen

---

**Landrat Oswald Marr** teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 4 (Kreiszuschuss zur VHS, Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben) vorgezogen werden soll, da Herr Tischler als Leiter der VHS anwesend ist und aus Termingründen die laufende Sitzung verlassen muss. Hiermit besteht Einverständnis.

**Landrat Oswald Marr** informiert darüber, dass der Landkreis Kronach, aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 14.11.2011, vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit mit einer Urkunde als „Gentechnikanbaufreier Landkreis Bayern“ ausgezeichnet wurde.

Weiter wird über folgende Personalangelegenheiten informiert:

Einstellung von Nachwuchskräften, Einstellung eines Zukunftskoachs und einer Sekretärin/eines Sekretärs, Ausstattung des Landratsamtes mit staatlichem Verwaltungspersonal, Ausblick auf die kommenden Jahre.

Der Landkreis Kronach wird dem neu zu gründenden Förder- und Trägerverein für das „Innovations-Zentrum Kronach“ (IZK) beitreten, so **Landrat Oswald Marr**, und einen, je nach den Anforderungen, angemessenen Jahresbeitrag zahlen.

Ministerpräsident Horst Seehofer wird am 26.11.2012 den Landkreis Kronach besuchen. Der Vorschlag des Landkreises, das Kaspar-Zeuß-Gymnasium, sowie die Berufsschule zu besichtigen und auf die Thematik der Generalsanierung des Kreiskulturraumes hinzuweisen, wurde von der Staatskanzlei jedoch verworfen. Einzelthemen sollen bei diesem Besuch nicht besprochen werden, hierfür solle ein gesonderter Termin vereinbart werden. Um diesen Termin wurde seitens des Landrates gebeten. Herrn Ministerpräsident Horst Seehofer wird als erste Station das Projekt „Lebensqualität für Generationen“ vorgestellt. Anschließend ist ein Besuch des Tropenhauses „Klein Eden“ und des Flakonglasmuseums in Kleintettau vorgesehen. Im Anschluss daran findet eine Gesprächsrunde mit Vertretern aus Wirtschaft und Verbänden zu den Themenbereichen Verkehrsanbindung, Energiepolitik, Wirtschaftsförderung, Demographischer Wandel, etc. statt.

Bezüglich der Atemschutzübungsanlage des Landkreises ergibt sich derzeit folgender Sachstand:

Aktuell liegen Bewerbungen von vier Kommunen vor:

### a.) Marktrodach

Angeboten werden Grundstücke in der Nähe des Feuerwehrhauses. Es wurde signalisiert, dass seitens der Feuerwehr Marktrodach die Bereitschaft besteht, beim Betrieb der Übungsanlage unterstützend mitzuwirken. In der Rodachtalhalle bestünde die Möglichkeit Feuerwehrveranstaltungen und Schulungen abzuhalten. Zu-

dem könnte der Parkplatz der Rodachtalhalle genutzt werden.

#### **b.) Pressig**

Vom Markt Pressig wurden zwei unbebaute Grundstücke angeboten. Vom Markt Pressig wurde auf die zentrale und verkehrsgünstige Lage sowie die attraktiven Grundstückspreise verwiesen.

#### **c.) Stockheim**

Seitens der Gemeinde Stockheim wurden gleichfalls zwei unbebaute Grundstücke unter Hinweis auf die zentrale Lage angeboten.

#### **d.) Kronach**

Die Stadt Kronach bewirbt sich mit dem Standort Rodacher Straße (Nähe „Opta-Brücke“). Der erforderliche Grunderwerb wird nach Aussagen der Stadt noch in diesem Jahr realisiert.

Während die Konzepte der drei erstgenannten Kommunen eigenständige Gebäude-lösungen vorsehen, zielen die Kronacher Planungen auf eine integrierte Lösung ab. Danach soll die Atemschutzübungsanlage am neuen Feuerwehrhaus der Stadt Kronach untergebracht werden.

Die Bewerbung der **Stadt Kronach** wurde bislang mündlich abgegeben. Die Stadt beabsichtigt diese mit einer von einem Fachplaner erstellten **Machbarkeitsstudie** näher zu begründen.

Sobald die Stadt Kronach Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen eingereicht hat muss seitens der Kreisgremien eine **Auswahlentscheidung** getroffen werden. Hierbei sind sowohl die **funktionalen** als auch **wirtschaftlichen Aspekte** zu gewichten und abzuwägen.

Kontroverse Diskussionen gab es bislang bezüglich der Frage, ob eine eigenständige oder integrierte Lösung die bessere Entscheidung wäre. Argumente Für und Wider lassen sich für beide Alternativen finden.

Für eine **eigenständige Lösung** spricht:

- Man ist Herr im eigenen Haus
- Es müssen keine Kompromisse bei der Nutzung geschlossen werden
- Man muss sich nicht mit Dritten arrangieren

Für eine **integrierte Lösung** sprechen insbesondere **wirtschaftliche Aspekte** und **Synergieeffekte**. Beispielhaft wird auf folgende Bereiche verwiesen:

### a.) Investitionsbereich

- Parkplätze
- Schulungs-/Aufenthaltsräume
- Toiletten/Duschen
- Atemschutzwerkstatt
- Heizanlage
- Erschießung Wasser/Kanal
- Installationen (Stromverteilungen, ...)
- Gebäudehülle, Dachfläche

### b.) Betriebsbereich

- Hausmeisterdienste
- Heizung, Wartung
- Betrieb der Atemschutzwerkstatt
- etc.

Dass gemeinsame Nutzungen möglich sind beweist die **jahrzehntelange gute und bewährte Zusammenarbeit** mit der **Feuerwehr Kronach** beim Betrieb der bestehenden Atemschutzanlage

Weiterhin lässt sich dies am Betrieb der **Turnhallen am Schulzentrum** belegen. Diese Einrichtung wird – einschließlich der Toiletten und Duschräume - von einer Vielzahl verschiedenster Personen und Gruppen genutzt. Zum Beispiel:

- Schulen verschiedener Träger
- Lehrer, Schüler
- einer Vielzahl von Vereinen für Trainingszwecke
- Heim- und Gastmannschaften im Wettkampfbetrieb
- Betriebssportgruppen
- Turnierveranstaltern,
- privaten Fußballschulen
- Jugendorganisationen
- etc...

Die gemeinsame Nutzung der Sportanlagen hat selbst bei diesen derart **inhomogenen Gruppen** vorzüglich funktioniert.

Demnach dürfte die problemlose gemeinsame Nutzung einer Einrichtung durch Mitglieder der **Feuerwehrfamilie** wohl erst recht nicht ausgeschlossen sein.

Die wirtschaftlichen Aspekte können auch vor dem Hintergrund der **demografischen Entwicklung** gesehen werden. Der Landkreis Kronach ist der Landkreis mit den zweithöchsten Bevölkerungsverlusten in Bayern. Für das Jahr 2029 ist nur noch eine Einwohnerzahl von ca. 60.000 Einwohnern prognostiziert.

Dem Grunde nach spricht viel dafür, dass der Landkreis Kronach als **Gegenstrategie** zum Szenario einer schrumpfenden Bevölkerung die **Stärkung des Gemeinsinns** und der **kommunalen Kooperationen** forciert.

Kreisrat **Klaus Löffler** bittet darum, die Beschlussvorlagen künftig früher zu versenden und erwartet eine rechtzeitige Information über die geplanten Tagesordnungspunkte.

Weiter bekräftigt Kreisrat **Klaus Löffler**, dass auf Basis der Vorplanungen und vor der Festlegung auf einen Standort, der Arbeitskreis, die Kreisbrandinspektion und die Feuerwehren miteinander in Diskussion treten müssen.

Bisher liegen Bewerbungen mehrerer Kommunen vor, so **Landrat Oswald Marr**, auch der Vorschlag der Stadt Kronach muss abgewartet werden. Erst dann kann in Zusammenarbeit mit der Kreisbrandinspektion über das Für und Wider der verschiedenen Standorte und baulichen Optionen diskutiert werden. Zum heutigen Zeitpunkt kann darüber noch nicht beraten werden. Die ausgegebene Vorlage ist lediglich dazu vorgesehen, den Kreisräten einen Überblick über den aktuellen Sachstand zu ermöglichen.

Die weitere Diskussion wird auf den Tagesordnungspunkt 7 „Anfragen und Sonstiges“ verwiesen.

## **TOP 2**      **Kreiszuschuss zur VHS, Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben**

---

Herr Heinz Tischler erläutert in seinem Sachvortrag die Gründe für die nötige Erhöhung des Kreiszuschusses.

### **Sachverhalt:**

Mit dem im Haushalt veranschlagten **Kreiszuschuss zur VHS** in Höhe von **210 Tsd. Euro** kann der Fehlbetrag des Jahres 2012 offensichtlich nicht gedeckt werden. Unter der Annahme, dass in diesem Jahr noch ein Integrationskurs durchgeführt werden kann wird mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von **65.000 bis 70.000 Euro** gerechnet, die als **überplanmäßige Ausgabe** bewilligt werden müssten. Insgesamt würde sich der Kreiszuschuss 2012 dann auf **ca. 280.000 Euro** erhöhen.

Falls kein Integrationskurs mehr zustande kommt ist im Jahr 2012 mit einem noch höheren Defizit zu rechnen.

Begründet wird der Mehrbedarf u. a. wie folgt:

- Mit Umsatzrückgängen bei Maßnahmen des Arbeitsamtes und des Jobcenters
- Mit Personalkosten für Altersteilzeitaufwendungen
- Mit steigenden Mieten an die Stadt Kronach
- Mit rückläufigen Umsätzen im Bereich der Hortbetreuung

Hinzu kommt, dass auch im Jahr 2012 keine ESF-Maßnahmen durchgeführt werden können. Letztendlich wurden laut Auskunft der VHS auch schon alle Einsparpotentiale ausgeschöpft.

Wegen der näheren Begründung wird auf die als Anlage beigefügten Schreiben der VHS vom 27.09.2012 und 29.10.2012 verwiesen.

Nach Einschätzung der Kämmerei ist nicht damit zu rechnen, dass die VHS den Mehrbedarf 2012 in den nächsten Jahren aus eigenen Kräften erwirtschaften kann. Es wird deshalb empfohlen, die Mehrausgaben als überplanmäßige Ausgaben zu bewilligen.

Ungeachtet dessen sollten **Überlegungen für die Zukunft** angestellt werden. Dies gilt insbesondere unter dem Aspekt, dass – verglichen mit den anderen oberfränkischen Landkreisen - im Landkreis Kronach der **mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Aufwand** für den VHS-Bereich anfällt (vergl. Anlage).

### **Wortmeldungen:**

Kreisrat **Richard Rauh** bemerkt, dass sich das entstehende Defizit durch den Wegfall von Fördermitteln bereits seit Jahren abzeichnet. Auch aufgrund der schwankenden Höhe der Fördergelder wird es eine Grundsatzdiskussion über die zukünftige Ausrichtung der VHS geben müssen. Der jetzt notwendige Zuschuss von 300.000 Euro darf kein Dauerzustand werden. Heinz Tischler betont, dass durch Projektarbeit kein Stammpersonal aufgebaut wurde. Diese wurden durch befristet eingestelltes Personal abgewickelt. Das Stammpersonal wurde mit aktuell 1,6 pädagogischen Stellen deutlich reduziert. Letztlich muss der Landkreis darüber entscheiden wie die VHS künftig ausgerichtet sein soll. Auf Nachfrage von Kreisrat **Richard Rauh** teilt Herr Tischler mit, dass die VHS derzeit 27.000 Euro jährlich Mietzahlungen an die Stadt Kronach erbringt.

Kreisrat **Albert Rubel** stimmt der Erhöhung des Kreiszuschusses für die CSU-Kreistagsfraktion zu, teilt jedoch gleichzeitig die Bedenken des Kreisrates Richard Rauh hinsichtlich des steigenden Kreiszuschusses. Das Thema „VHS“ muss in einer der kommenden Sitzung als eigener Tagesordnungspunkt behandelt werden um sich speziell mit der Ausrichtung der Volkshochschule zu befassen.

Auch Kreisrat **Peter Hänel** fordert über die bestehenden Strukturen nachzudenken.

Kreisrat **Horst Pfadenhauer** zeigt sich verwundert über die stattfindende Kostendiskussion. Durch die Arbeit der VHS kamen viele Fördergelder auch dem Landkreis zugute.

Auch **Kreisrätin** Ingrid Steinhäuser schließt sich den Worten Horst Pfadenhauers an und würdigt die vielfältigen Leistungen der VHS für den Landkreis Kronach.

Es ist seine Pflicht als Kreisrat Kostensteigerungen zu hinterfragen und diese auch gegebenenfalls zu kritisieren, so Kreisrat **Richard Rauh**, und betont, dass er keine Schulddebatte führt.

Kreisrat **Wolfgang Beiergröblein** schließt sich der Aussage des Kreisrates Richard Rauh grundsätzlich an.

Kreisrat **Manfred Raum** fordert dazu auf die Kostensituation und Kostenentwicklung differenziert zu betrachten und erläutert hierzu einige Einnahme- und Ausgabepositionen. Auf das Problem der Finanzierung der Volkshochschulen im Allgemeinen muss bei der Staatsregierung hingewiesen werden.

Kreisrat **Klaus Löffler** kritisiert, dass am Thema vorbeidiskutiert wird. Fraktionsübergreifend ist man sich einig, die Kostensteigerung mitzutragen, auch steht man geschlossen hinter der Volkshochschule. Dies muss auch so publiziert werden. Trotzdem ist die Diskussion über Kostensteigerungen und auch die künftige Ausrichtung der VHS legitim.

Heinz Tischler bedankt sich für die anerkennenden Worte und die Unterstützung, merkt jedoch an, dass seinerseits seit längerer Zeit auf den Wegfall der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds hingewiesen wurde. Weiterhin sind die oberfränkischen Volkshochschulen hinsichtlich der Kosten aufgrund deren unterschiedlichen Aufbaus teils nicht miteinander vergleichbar. Letztlich muss der Landkreis entscheiden welche VHS er will.

**Landrat Oswald Marr** teilt zusammenfassend mit, dass die Volkshochschule des Landkreises Kronach bayernweit eine der zehn besten ist und deshalb zu Recht hoch gelobt wird. Das diese Leistungen Kosten verursachen ist jedem bewusst. Die jetzt auftretenden Schwankungen gab es bereits während der letzten Jahre und sind deshalb nicht ungewöhnlich. Über die künftigen Förderstrukturen auf europäischer Ebene, die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes als wesentliche Faktoren für die VHS kann man nur spekulieren.

### **Beschluss:**

Zur Abdeckung des Defizits der Volkshochschule wird der Kreiszuschuss 2012 bis zu einem **Maximalbetrag in Höhe von 300 Tsd. Euro** erhöht. Die konkrete Höhe orientiert sich an der Höhe des Fehlbetrages der VHS im Jahr 2012.

Die genaue Höhe des Kreiszuschusses wird nach der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 und dessen Prüfung durch den Kreisrechnungsprüfer eigenständig von der Verwaltung ermittelt.

Die anfallenden überplanmäßigen Ausgaben werden bis zur Höhe von 90 Tsd. Euro bewilligt.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 13 Nein 0 Anwesend 13**

**TOP 3** Feststellung der Jahresrechnung 2010 des Landkreises Kronach sowie Beschlussfassung über die Entlastung für das Jahr 2010 (Empfehlungsbeschluss für den Kreistag)

---

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrat Wolfgang Förtsch, erläutert in seinem Sachvortrag das vorliegende Zahlenwerk.

**Sachverhalt:**

**- siehe Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung 2010 -**

Kronach, 02.07.2012

Vorsitzender des  
Kreisrechnungsprüfungs-  
ausschusses:

Kreisrechnungs-  
prüfungsamt

Kenntnis genommen  
Kämmerei

gez.

gez.

gez.

Förtsch

Beetz

Daum

**Beschluss:**

Der Kreistag wolle beschließen:

1. Der vom Rechnungsprüfungsamt erstellte Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2010 des Landkreises Kronach vom 18. Mai 2012 wurde mit Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 19.06.2012 zum Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses im Sinne des Art. 89 Abs. 1 LKRO erklärt.

Der Kreistag hat von diesem Bericht Kenntnis erhalten.

Die hierin enthaltenen Prüfungsfeststellungen sind – soweit bisher noch nicht erfolgt – in angemessener Zeit zu erledigen bzw. zu beachten.

Aufgrund der Ergebnisse der örtlichen Rechnungsprüfung wird die Jahresrechnung 2010 des Landkreises Kronach nach Art. 88 Abs. 3 LKRO gemäß der Anlage festgestellt.

2. Der Verwaltung wird für das Jahr 2010 die Entlastung erteilt.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 13 Nein 0 Anwesend 13**

**TOP 4** Errichtung eines Löschwasserbehälters am Flugplatz Kulmbach; finanzielle Beteiligung des Landkreises Kronach

---

**Sachverhalt:**

Mit Schreiben vom 19.09.2012 bittet der Bürgermeister der Stadt Kulmbach um einen Kreiszuspruch zur Errichtung eines Löschwasserbehälters **am** Flugplatz Kulmbach.

Erbeten wird ein Kreiszuspruch in Höhe von 19.440 Euro. Dieser Betrag wird aus dem Anteil des Landkreises Kronach am Stammkapital des Flughafens Kulmbach-Kronach in Höhe **21,6 %** und dem ungedeckten Finanzbedarf in Höhe von 90.000 Euro abgeleitet.

Hierzu ist anzumerken:

- Beim Löschwasserbehälter handelt es sich um **keine Einrichtung** des Flugplatzes.
- Der Löschwasserbehälter, der nicht einmal auf dem Flughafengelände liegt, ist eine rein örtliche und damit in die Zuständigkeit der Stadt Kulmbach fallende Brand-schutzeinrichtung im Sinne von Art 1 BayFwG.
- Der Behälter dient vor allem der Löschwasserversorgung auf der wasserarmen Höhe zwischen Kulmbach und Stadtsteinach (u. a. die Ortschaft Neufang sowie die Weiler Ramscheid und Oberndorf – vergl. Bayerische Rundschau vom 21.09.2012).
- Eine **Pflicht der Flughafen-GmbH** ist gleichfalls zu verneinen. Dies sieht wohl auch die Stadt Kulmbach so. Ansonsten hätte Sie wohl den Antrag gestellt die Investition aus den Rücklagen der GmbH zu finanzieren.
- Bezüglich der Beteiligung an der Flughafen-GmbH ist festzustellen, dass der Landkreis zwar mit 21,6 % am Stammkapital, aber gemäß § 16 der GmbH-Satzung **nur zu 8 %** an den jährlichen **Kapitalzuschüssen** beteiligt ist (vergl. Anlage).

Hier stellt sich die Frage, warum der Landkreis zum Löschwasserbehälter mit 21,6 % einen höheren Finanzierungsanteil als bei der Finanzierung des laufenden Flughafenbetriebs (8 %) erbringen soll; dies gilt insbesondere unter dem Aspekt, dass

es sich bei rechtlicher Würdigung um keine Flughafenmaßnahme sondern **eindeutig um eine örtliche Brandschutzeinrichtung** handelt.

### Wortmeldungen:

Kreisrat **Dr. Ralf Pohl** befürwortet einen Kreiszuschuss in Höhe von bis zu 8 % der Gesamtkosten da der Brandschutz zwar nicht nur, aber auch dem Flugplatz Kulmbach dient.

### Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Angelegenheit näher abzuklären. Der Landrat wird ermächtigt gegebenenfalls einen Zuschuss in Höhe von bis zu 8% der Kosten zu bewilligen.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 11 Nein 2 Anwesend 13**

**TOP 5** Schuldnerberatung; Kooperationsvereinbarung mit dem Caritasverband Coburg e. V.

---

### Sachverhalt:

Die Aufgabe der Schuldnerberatung im Landkreis Kronach hat seit vielen Jahren der Caritasverband Coburg wahrgenommen. Hierfür wurde bislang ein Kreiszuschuss in Höhe von 10.000 Euro gewährt. Mit Schreiben vom aus dem Jahr 2009 ist eine Erhöhung auf 12.500 Euro in Aussicht gestellt worden.

Im September 2012 fand im Landratsamt eine Besprechung mit Herrn Reich, dem Geschäftsführer des Caritasverbandes Coburg, Herrn Löffler, dem Geschäftsführer des Jobcenters Kronach sowie Vertretern der Sozialhilfeverwaltung und der Kreiskämmerei statt.

Von Herrn Reich wurde vorgetragen, dass mit der bisherigen **Pauschalzahlung** durch den Landkreis Kronach die höchst aufwendige und komplexe Aufgabe der Schuldnerberatung vom Caritasverband Coburg nicht mehr zu bewältigen sei.

Seitens des **Geschäftsführers des Jobcenters** wurde eine **Intensivierung der Schuldenberatung** gefordert, da mit dem bisherigen Stundenbudget der Beratungsbedarf der Hilfeempfänger, insbesondere derjenigen nach dem SGB II nicht gedeckt werden könnte.

Aus Sicht aller Beteiligten Gesprächsteilnehmer ist angesichts des hohen Beratungs- und Hilfebedarfs die Erhöhung des Stundenbudgets auf ca. 22 Std. (incl. der Verw.-Stunden) für den Landkreis Kronach sachlich geboten. Mit dieser Neuregelung könnte

an zwei Tagen in der Woche (1x vormittags, 1 x nachmittags) eine Vor-Ort-Beratung in Kronach stattfinden.

Laut Herrn Reich, dem Geschäftsführer des Caritasverbandes würde diese Leistungsausweitung einen **Kreiszuschuss** in Höhe von derzeit ca. **22.000 Euro** erfordern.

Aus Sicht der Kreiskämmerei wird dies als angemessen erachtet. Es wird empfohlen sowohl der Leistungsausweitung im Bereich der Schuldnerberatung (auf 21,85 Std.), als auch der Erhöhung des Kreiszuschusses auf jährlich 22.000 Euro zuzustimmen.

### **Wortmeldungen:**

Kreisrat **Dr. Ralf Pohl** betont die Wichtigkeit der Schuldnerberatung und befürwortet die Leistungsausweitung.

Auf Nachfrage des Kreisrates **Peter Hänel** teilt Kreiskämmerer Günter Daum mit, dass für die Schuldnerberatung der Hilfeempfänger nach dem SGB II der Landkreis zuständig ist. Für die nicht davon betroffenen Landkreisbürger handelt es sich um eine zwar freiwillige, jedoch sehr sinnvolle Leistung.

Kreisrat **Klaus Löffler** teilt mit, dass die CSU-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird.

Kreisrat **Manfred Raum** beantragt den ersten Satz des Beschlussvorschlages zu ändern. Die Notwendigkeit der Leistungsausweitung sei vielmehr zu bedauern. Mit allgemeinem Einverständnis wird der erste Satz des Beschlussvorschlages gestrichen.

### **Beschluss:**

Der Erhöhung des jährlichen Kreiszuschusses auf 22.000 Euro an den Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Coburg e. V. für die Durchführung der Schuldnerberatung wird zugestimmt.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 13 Nein 0 Anwesend 13**

**TOP 6** Unvorhergesehenes

---

./.

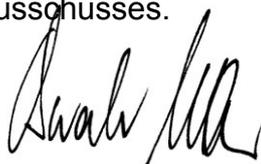
Kreisrätin **Ingrid Steinhäüßer** informiert, dass sie die Information zum Sachstand der Atemschutzübungsanlage an Herrn Kreisbrandrat Joachim Ranzenberger weitergeleitet hat, da er bis dahin über den Inhalt dieser Information keine Kenntnis hatte.

Kreisrat **Wolfgang Beiergrößlein** teilt mit, dass am 13.11.2012 der Vertrag über den Rückkauf der Grundstücke an der Rodacher Straße notariell geschlossen wird. In den betroffenen Gebäuden sind aktuell nur noch fünf Wohnungen belegt. Die Abrissarbeiten sind für das Jahr 2013 vorgesehen. Die Stadt Kronach hat in ihren bisherigen Planungen den Neubau des Feuerwehrhauses und den Bau der Atemschutzübungsanlage als Einheit gesehen und dies dem Landkreis Kronach mit Schreiben vom 31.07.2012 auch mitgeteilt. Im November 2012 soll durch einen Fachplaner eine Studie, sowohl für eine gemeinsame, als auch für eine getrennte Lösung erstellt werden. Auch seitens des Kreisbrandrates wurde eine gemeinsame Lösung, also der Neubau des Feuerwehrhauses in Verbindung mit dem Neubau der Atemschutzübungsanlage gefordert.

Ergänzend zum Tagesordnungspunkt 1 informiert **Landrat Oswald Marr** über die Neubildung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit, der durch die Zusammenlegung der bisher selbständigen Agenturen für Arbeit in Coburg und Bamberg, notwendig wurde. Der Landrat des Landkreises Kronach war bisher Mitglied des Verwaltungsausschusses für den Bereich Coburg. Für die Landkreise Kronach und Lichtenfels sollten ein Mann und eine Frau benannt werden. Nach Rücksprachen mit dem Landrat des Landkreises Lichtenfels, Christian Meißner, kam man überein, für den Landkreis Kronach Landrat Oswald Marr und für den Landkreis Lichtenfels eine Kreisrätin vorzuschlagen. Durch die Frauenquotierung der Bundesanstalt für Arbeit sollte der Landrat Oswald Marr lediglich als Stellvertreter der Kreisrätin des Landkreises Lichtenfels tätig sein. Da Herr Landrat Oswald Marr als Stellvertreter naturgemäß auch kurzfristig einspringen müsste und dies aus Zeitgründen kaum möglich ist, wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Aufgrund der Kurzfristigkeit konnte leider keine Ersatzperson mehr benannt werden. Letztlich ist daher leider kein Vertreter des Landkreises Kronach mehr im Verwaltungsausschuss tätig.

Kreisrat **Richard Rauh** bittet die Verwaltung, die Bedeutung des Fiskalpaktes und der Schuldenbremse für die Kommunen darzustellen.

Um 10:35 Uhr schließt Landrat Oswald Marr die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses.



Oswald Marr  
Landrat



Andreas Birke  
Schriftführer